

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 1999: Ergebnisse und Konsequenzen

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1999). *Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 1999: Ergebnisse und Konsequenzen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 53/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48279>

Nutzungsbedingungen:

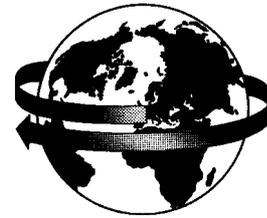
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 53/1999

23. November 1999

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 1999

Ergebnisse und Konsequenzen

Zusammenfassung

Die Ukraine wählte zum dritten Mal in ihrer erst achtjährigen Geschichte als unabhängiger Staat einen Präsidenten. Diese Wahlen waren in vielerlei Hinsicht bemerkenswert und unterschieden sich von den vorangegangenen Präsidentschaftswahlen 1991 und 1994. In vielem wiederholte sich in der Ukraine das Szenario der Präsidentschaftswahlen von 1996 in Rußland: Wie in Moskau ging auch in Kiev der Amtsinhaber als Sieger aus der Wahl hervor und kann somit fünf weitere Jahre im Amt bleiben. Dieses Wahlergebnis ist trotz der prekären wirtschaftlichen und sozialen Situation im Land nicht überraschend, da der Präsident einerseits über erhebliche Amtsvorteile verfügte, andererseits im zweiten Wahlgang mit dem Kommunistenführer Symonenko einen Wunschgegner hatte. Dabei gelang es ihm, sich den Wählern nicht nur als "kleineres Übel" zu präsentieren, sondern auch als "Zukunftskandidaten" im Gegensatz zu seinem Rivalen, der mit der "Vergangenheit" gleichgesetzt wurde. In Wirklichkeit wurden die Bürger der Ukraine vor die Wahl zwischen zwei Übeln gestellt: der Rückkehr zu sozialistischen Experimenten oder der Beibehaltung des postkommunistischen Clan- und Oligarchensystems í la Kučma.

Am Vorabend der Wahlen

Kurz vor den Wahlen eskalierte der Kampf zwischen dem Präsidenten und dem Parlament, in dem die wichtigsten Kučma-Herausforderer Abgeordnete sind. Die Verchovna Rada (VR) beschloß am 22. September 1999 mit großer Mehrheit, bei der Zentralen Wahlkommission (CVK) einen Antrag zu stellen, um Kučma von der Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen auszuschließen, da er und die ihm unterstehenden Machtstrukturen (Staatsapparat, Gouverneure sowie Staatsfernsehen und -rundfunk) im Wahlkampf mehrmals gegen Gesetze verstoßen hätten.¹ Die VR warf dem Präsidenten illegale Beeinflussung des Wahlkampfes, Einschüchterung der Gegner, Schaffung ungleicher Bedingungen für die Kandidaten u.ä. vor.

Im Vorfeld der Wahlen gab es tatsächlich zahlreiche Verstöße und Unregelmäßigkeiten, wie die unzulässige Einmischung der Exekutive, Behinderung von Wahlkampfveranstaltungen, Verleumdungskampagnen gegen einige Kandidaten, Einschüchterungsversuche und Druck auf die unabhängigen oder oppositionellen Medien usw. Zum ersten Mal im ukrainischen Wahlkampf kam es

¹ Fakty i komentarii, 23.9.1999, S. 2.

zu einer blutigen Provokation, deren Auftraggeber und Vollzieher immer noch unbekannt sind. Am 2. Oktober 1999 wurde in Krivyy Rih (Gebiet Dnipropetrovs'k) ein Attentat auf die linksradikale Präsidentschaftskandidatin Natalija Vitrenko verübt. Außer der Vorsitzenden der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine (PSPU) wurden über 30 Personen zum Teil schwer verletzt. Gleich nach der Tat wurde der Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Ukraine (SPU), Moroz, als möglicher Auftraggeber beschuldigt. Unabhängig davon, wer das Attentat tatsächlich organisiert hatte, profitierte Präsident Kučma von dieser Provokation, der so zwei Fliegen mit einer Klappe schlug: Diskreditierung des beschuldigten SPU-Chefs Moroz, der zu diesem Zeitpunkt gute Chancen hatte, als gemeinsamer Kandidat der "Kaniver Vier" aufgestellt zu werden, und Steigerung der Popularität von Vitrenko, die möglichst viele Stimmen aus dem linken Lager auf sich vereinigen sollte.

Wenige Wochen vor dem Wahltermin entflammte erneut der Streit zwischen Exekutive und Legislative: Der Präsident und das von ihm kontrollierte Staatsfernsehen verweigerten der VR die Live-Übertragung der Plenarsitzung, auf der die Regierung ihren Lagebericht über den Schuldenberg präsentieren sollte. Somit wurde der VR und den Präsidentschaftskandidaten die Möglichkeit vereitelt, sich im Parlament zu profilieren. Die Versuche der VR, die Live-Übertragung zu erzwingen, blieben erfolglos. Sie sprach von Informationsblockade und Willkür der Exekutive und wandte sich mit dem Beschluß "Über die Informationsblockade der Arbeit der VR" an den Präsidenten, die rechtswidrigen Handlungen der Regierung von Pustovojtenko zu unterbinden.² Der Präsident reagierte nicht.

Unmittelbar am Vorabend der Wahlen entstand durch den Zerfall der "Kaniver Vier" (Oppositionspolitiker Moroz, Marčuk, Tkačenko und Olijnyk) eine neue Kräftekonstellation. Der Zerrüttung der Koalition lagen Unentschlossenheit und Zaudern der Hauptakteure zugrunde. Am 14. Oktober 1999 hieß es zunächst, daß zwei Kandidaten, nämlich Moroz und Marčuk, im ersten Wahlgang aufgestellt würden. Tkačenko und Olijnyk zogen ihre Kandidatur dennoch nicht zurück, versprachen aber, Moroz zu unterstützen. Die Strategie der "Kaniver Vier" zu diesem Zeitpunkt war folgende: Moroz sollte möglichst viele Linkszentristen und Marčuk viele Rechtszentristen auf sich vereinigen, um so Kučma die Stimmen im Osten bzw. Westen des Landes abzujagen. Moroz zufolge hätte der Verzicht Marčuks auf die Teilnahme dem Präsidenten in der Westukraine etwa eine Million zusätzliche Stimmen gebracht.³ Die Transformation der "Kaniver Vier" in die "Kaniver Zwei" sollte damit den Druck auf Kučma von rechts aufrechterhalten und ihn daran hindern, in die Stichwahl zu kommen. Neben zwei chancenlosen Statisten aus dem national-demokratischen Lager, Udovenko und Kostenko, sollte Kučma in der Westukraine auf einen weiteren Gegner treffen, nämlich Marčuk, der dort von kleineren rechten Parteien stark unterstützt wurde.

Eine Woche vor dem ersten Wahlgang kam es dann zur Sensation: In der Nacht zum 25. Oktober 1999 erklärte Tkačenko im Namen der Koalition, daß Marčuk zum gemeinsamen Kandidaten der "Kaniver Vier" bestimmt worden sei. Diese Entscheidung kommentierte Marčuk so: Das Moroz-Elektorat habe ihm gegenüber keine politische Allergie, und seine Kandidatur sei sowohl in Donec'k als auch in Ternopil' annehmbar.⁴ Aber nur wenige Stunden später kam es zum abrupten und überraschenden Bruch der Koalition, weil Moroz seine Entscheidung widerrief, zugunsten von Marčuk auf die Teilnahme zu verzichten. Er begründete seinen Beschluß, im Alleingang den Wahlkampf fortzusetzen, mit der Entscheidung des Politischen Rats der SPU vom 25. Oktober 1999, der ihn dazu aufforderte. Daraufhin erklärte Tkačenko am 26. Oktober, daß die Koalition "Kaniver Vier" gestorben sei; er werde den Chef der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) Symonenko unterstützen und zu seinen Gunsten aus dem Rennen ausscheiden. Olijnyk blieb der Vereinbarung der "Kaniver Vier" vom 24./25. Oktober treu und verzichtete zugunsten Marčuks.

² Holos Ukrajinjy, 24.9.1999, S. 2.

³ Večernie vesti, 15.10.1999, S. 1.

⁴ Den', 26.10.1999, S. 1.

Mit dem Zerfall der "Kaniver Vier" hatte die Opposition ihre Chance vertan, einen gemeinsamen Kandidaten als nichtkommunistische Alternative zum amtierenden Präsidenten aufzustellen. Mit ihrem Zickzackkurs irritierte die Koalition "Kaniver Vier" viele ihrer potentiellen Wähler. Die verbliebenen Kandidaten gingen geschwächt in die Wahl und hatten keine Chance, im Alleingang die zweite Runde zu erreichen. So kam es zur Wiederholung des rußländischen Wahlszenarios von 1996, wie es sich Kučma gewünscht hatte: Präsident kontra Kommunist. Der erste Versuch, unterschiedliche politische Kräfte zu bündeln, um eine breite Opposition gegen den amtierenden Präsidenten zu etablieren, scheiterte an mangelnder Kompromißbereitschaft, persönlichen Ambitionen und Überschätzung der eigenen Chancen.

Wahlergebnisse

Beim ersten Wahlgang am 31. Oktober 1999 gab es 13 Kandidaten. Die Wahlbeteiligung lag bei 69,82% (1994: knapp 70%). Den ersten Platz belegte mit 36,49% der abgegebenen Stimmen der amtierende Präsident Kučma, gefolgt vom KPU-Vorsitzenden Symonenko mit 22,24%, vom SPU-Vorsitzenden Moroz (11,29%) und von der PSPU-Vorsitzenden Vitrenko (10,97%). Marčuk kam mit 8,13% der Stimmen lediglich auf den fünften Platz. Die übrigen Bewerber blieben wie erwartet weit hinter den ersten fünf Kandidaten zurück. Über eine Million Wahlzettel waren ungültig, da viele Wähler von so vielen Kandidaten irritiert waren und zwei oder mehrere Bewerber ankreuzten. Fast eine halbe Million Wähler votierten gegen alle Kandidaten.

Da keiner der Kandidaten die erforderlichen 50% der Stimmen im ersten Wahlgang auf sich vereinigen konnte, kam es am 14. November 1999 zu einer Stichwahl zwischen den zwei erstplazierten Bewerbern: Kučma und Symonenko.

In der Zeit zwischen den Wahlgängen bemühten sich beide Kontrahenten um die Unterstützung der ausgeschiedenen Kandidaten. Vier Tage vor dem zweiten Wahlgang ernannte Kučma einen seiner bis dahin schärfsten Kritiker, Ex-Premierminister Marčuk, zum Sekretär des Rats für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine. Dadurch sicherte sich Kučma die Unterstützung jener Wähler, die sich nach einer "starken Hand" und "Ordnung" sehnen. Neben Marčuk, der sich gegen eine "kommunistische Zukunft der Ukraine" wandte und Korruptionsbekämpfung versprach, rief der Ruch-Vorsitzende Udovenko seine Wähler auf, im zweiten Wahlgang für Kučma zu votieren. Der Führer der offiziell nicht registrierten Ruch, Kostenko, stellte Bedingungen für die mögliche Unterstützung Kučmas: unverzüglicher Beitrittsantrag der Ukraine zur NATO, Privateigentum an Grund und Boden, Anerkennung der Veteranen der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) als Unabhängigkeitskämpfer usw.⁵

Auch Symonenko machte sich auf die Suche nach Verbündeten. Außer Tkačenko, der ihn schon im ersten Wahlgang unterstützt hatte, riefen die ausgeschiedenen Kandidaten Moroz, Olijnyk, Karmazin, Haber und Bazyljuk ihre Wähler dazu auf, für den KPU-Chef zu stimmen. PSPU-Vorsitzende Vitrenko erklärte sich bereit, Symonenko zu unterstützen, falls er als gewählter Präsident sie zur Premierministerin ernennen würde.

Im Unterschied zu den Wahlen von 1994 brachte der zweite Wahlgang 1999 keine Überraschung: Der amtierende Präsident setzte sich mit deutlicher Mehrheit durch. Für Kučma votierten 56,25%, für Symonenko 37,80% der Wähler. Die Wahlbeteiligung war mit nun 78,88% größer als im ersten Wahlgang. Die Zahl der ungültigen Wahlzettel verringerte sich im Vergleich zum ersten Wahlgang um fast 300.000; sie lag bei 0,7 Millionen. Gegen beide Kandidaten stimmten fast eine Million Wähler (doppelt so viele wie im ersten Wahlgang).

Ein Vergleich der ukrainischen Präsidentschaftswahlen von 1999 mit den rußländischen Präsidentschaftswahlen von 1996 zeigt viele Gemeinsamkeiten:

1. Die erste Parallele betrifft die wichtigsten Akteure: Wie in Rußland 1996 stand auch in der Ukraine 1999 ein geschwächter, von seiner "Mannschaft" getragener Präsident, dessen

⁵ Holos Ukrajinu, 11.11.1999, S. 3.

halbherzige Reformversuche im Sand verlaufen waren, einem kommunistischen Herausforderer, einem farblosen "treuen Parteisoldaten" ohne Charisma und Autorität außerhalb des linken Elektorats gegenüber. Die Wähler mußten zwischen der Szylla von Clanwirtschaft und Oligarchenkapitalismus und der Charybdis der Planwirtschaft und Rückkehr zum Sozialismus wählen.

2. Die zweite Parallele betrifft das Verhalten der Wähler, die sowohl 1996 in Rußland als auch 1999 in der Ukraine angesichts drohender kommunistischer Revanche bewußt den wenig populären Präsidenten im zweiten Wahlgang unterstützten. Da die Kommunisten in beiden Ländern immer noch den alten Dogmen verhaftet und deswegen nicht reformierbar sind, sehen die Wähler sowohl in Rußland als auch in der Ukraine die kommunistische Opposition nicht als wünschenswerte Alternative zum herrschenden Regime. Trotz der miserablen wirtschaftlichen und sozialen Situation im Land, trotz wachsender Kluft zwischen Arm und Reich, trotz Unzufriedenheit mit der Regierung erfolgte keine spürbare Radikalisierung der Wähler. Die kommunistische Alternative ist deswegen nicht mehrheitsfähig: Das kommunistische (und wohl auch das gesamte linke) Wählerpotential ist sowohl in Rußland als auch in der Ukraine mit etwa 40% erschöpft.
3. Um seinen Sieg sicherzustellen, griff Kučma auf erprobte Tricks aus der rußländischen Wahlkampftrickkiste von 1996 zurück. Damals machte El'cin den drittplatzierten Ex-General Lebed' (etwa 15% der Stimmen) zum Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrats Rußlands, um sich sein Wählerpotential zu sichern. Mit der Ernennung von Ex-General Marčuk auf den gleichen Posten in der Ukraine wiederholte Kučma diesen Schachzug. Diese Koalition wird wahrscheinlich (ähnlich wie in Rußland) von kurzer Dauer sein: Marčuk ist wie Lebed' zu selbständig und zu selbstbewußt, um sich Kučma unterzuordnen. Im Unterschied zu seinem Vorgänger Horbulin ist Marčuk kein treuer Gefolgsmann Kučmas, sondern ein Politiker mit Ambitionen. Im Sommer 1996 wurde Marčuk von seinem Posten als Premierminister wegen des "Aufbaus seines politischen Image" von Kučma entlassen und war seitdem einer der schärfsten Kritiker des "verbrecherischen Kučma-Regimes". Außerdem müßte Marčuk mit der Korruptionsbekämpfung ganz oben anfangen, was zu Kollisionen mit den präsidententreuen Oligarchen und Clans führen würde.
4. Wie 1996 in Rußland kam auch 1999 in der Ukraine eine nichtkommunistische Alternative zum amtierenden Präsidenten nicht zustande. Der Versuch der "Kaniver Vier", sich als "dritte Kraft" sowohl gegen den Präsidenten als auch gegen die Kommunisten zu etablieren, scheiterte. Weder die rußländische noch die ukrainische Gesellschaft stützt ausreichend eine liberale oder sozialdemokratische Alternative, die zwischen den Machthabern einerseits und den Kommunisten als stärkste Oppositionskraft andererseits zerrieben wird.

Die Präsidentschaftswahlen von 1999 weisen im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen von 1991 und 1994 folgende Besonderheiten auf:

1. Die ungewöhnlich große Zahl von Präsidentschaftskandidaten im ersten Wahlgang. Von Anfang an chancenlos, nutzten die Kandidaten die Wahlen als Reklame für die eigene Person oder Partei, um politisches Kapital daraus zu schlagen. Von den acht Statisten kamen im ersten Wahlgang sechs auf insgesamt weniger als zwei Prozent der Stimmen. Beide Teile der zersplitterten Ruch, die getrennt in die Wahl gingen und jeweils einen eigenen Kandidaten aufstellten, erlebten ein Fiasko: Lediglich 3,34% der Wähler stimmten für ihre Kandidaten. Die Ruch hat zwar ihre Unabhängigkeit vom Präsidenten demonstriert, befindet sich aber weiterhin in einer tiefen Glaubens- und Identitätskrise. Das hat diese Wahl eindeutig demonstriert.
2. Weder 1991 noch 1994 gehörte ein Kommunist zum engeren Kreis der Präsidentschaftsanwärter. 1991 wurde die KPU verboten, 1994 wagte sie noch nicht, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und unterstützte den Sozialisten Moroz, der damals wie 1999 im ersten

Wahlgang auf den dritten Platz kam (hinter Kravčuk und Kučma). 1999 schickte die KPU ihren eigenen Kandidaten zum ersten Mal ins Rennen und kam auf 22% bzw. 38% der Stimmen. Diesmal wurde der kommunistische Herausforderer von den linken Parteien (SPU und Bauernpartei SelPU) in der Stichwahl unterstützt.

3. Im Unterschied zu seinem Vorgänger zog Kučma 1999 alle Register, um wiedergewählt zu werden. Zum ersten Mal nutzte der amtierende Präsident alle ihm zur Verfügung stehenden Machthebel. Seine Wahlkampagne wurde nicht nur vom Staatsapparat getragen, von den staatlichen Medien unterstützt und von ukrainischen Oligarchengruppen (Medvedčuk-Surkis, Pynčuk-Derkač, Rabinovyč u.a.) finanziert,⁶ sondern auch professionell von ausländischen (namentlich rußländischen) PR-Managern gestaltet. Unter dem Motto "Obery majbutne!" (Wähle die Zukunft!) suggerierten die Massenmedien den Wählern, daß Kučma die Zukunft verkörpere, während Symonenko mit der Vergangenheit assoziiert wurde.
4. Im Wahlkampf 1999 gab es zum ersten Mal den Versuch, eine nichtkommunistische Koalition ("Kaniver Vier") zu bilden. Allerdings waren die Mitglieder der "Kaniver Vier" nicht imstande, sich zu einigen und verpaßten somit die Chance, eine starke zentristische Opposition auf die Beine zu stellen. Der spektakuläre Zerfall der Koalition verbesserte Kučmas Chancen auf die Wiederwahl wesentlich.

Kučmas Wahlsieg: Gründe und Konsequenzen

Ein Grund lag in der Natur seines Gegners. Als Herausforderer in der Stichwahl stand Kučma nicht einem moderaten zentristischen Politiker wie Moroz oder Marčuk gegenüber, sondern dem kommunistischen "Betonkopf" Symonenko. Symonenko gehörte neben Vitrenko zu den Wunschgegnern Kučmas für den zweiten Wahlgang. Sehr viele Wähler, die eigentlich mit Kučma und seiner Politik unzufrieden waren, hielten sich im zweiten Wahlgang ganz bewußt an das Prinzip des "kleineren Übels" und votierten für Kučma. Sie sahen einfach keine andere Wahl, da die Alternative inakzeptabel war.

Außer geschickter Propaganda spielte auch die Tatsache eine entscheidende Rolle, daß Kučma die Wähler nicht so stark polarisierte wie sein Vorgänger Kravčuk 1994 oder sein Gegner Symonenko. Ihm gelang es, dank moderater Nationalitäten- und Sprachenpolitik und populistischer Maßnahmen (wie der Präsidentenerlaß Ende August 1999, wonach die Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen in russischer Sprache abgelegt werden können, Erhöhung von Stipendien, Auszahlung von Renten und Löhnen u.ä.) Teile der ostukrainischen Wählerschaft für sich zu gewinnen.⁷ Die Spaltung der Ukraine in Ost und West wurde zwar nicht aufgehoben, aber doch wesentlich abgemildert. Dies fand im Wahlergebnis Ausdruck: Zum ersten Mal stimmten der Osten und Süden des Landes nicht geschlossen gegen den Präsidenten. Erwartungsgemäß siegte Kučma haushoch in der Westukraine (sieben Gebiete), wo er zwischen 73% und 92% der Stimmen bekam. Überraschend aber gewann der Präsident die Stichwahl auch in einigen Gebieten der Ost- und Südukraine: in Donec'k, Charkiv, Sumy und Odesa. Genauso überraschend hatte Symonenko die Nase vorn in den Gebieten der Zentralukraine: in Vinnicja, Kirovohrad und Čerkasy. Seine Hochburgen lagen aber traditionsgemäß im Osten und Süden des Landes: in Luhans'k, Poltava, Černihiv, Cherson, Zaporizžja und in der Autonomen Republik Krim (ARK). Die Unterstützung für Symonenko fiel im Osten und Süden aber nicht so eindeutig aus, daß es für einen Gesamtsieg gereicht hätte. Kučma gewann in 15 Gebieten und in den Städten Kiev und Sevastopol', Symonenko in neun Gebieten und in der ARK.

Die Wahlen 1999 brachten die politische Landkarte der Ukraine in Bewegung: Der Gegensatz zwischen der Ost- und Südukraine einerseits und der West- und teilweise Zentralukraine andererseits,

⁶ Allein für die Fernseh- und Radioreklame verwendete Kučmas Wahlstab 465.000 Hryvna, während sein Rivale Symonenko für dieselben Zwecke lediglich 65.000 Hryvna ausgab. Holos Ukrajinny, 5.11.1999, S. 4, 6.

⁷ Über die Wahlstrategie und Wahltaktik des Präsidenten am Vorabend der Wahlen siehe: Alexander Ott, Die Ukraine vor einem Präsidentenwechsel?, Aktuelle Analysen des BIOst, 38, 1999.

der schon bei den vorigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen deutlich zum Vorschein kam, bleibt zwar bestehen, verliert aber an Deutlichkeit und Schärfe.

Kučmas Wahlsieg wird weitreichende Konsequenzen für die politische Entwicklung in der Ukraine haben:

1. Fortsetzung des Kapitalismus á la Kučma (Oligarchenkapitalismus). Es ist zu befürchten, daß die Reformen weiterhin lediglich Lippenbekenntnisse des Präsidenten und seiner Regierung bleiben, um neue westliche Kredite zu bekommen. Der wirtschaftliche und soziale Niedergang des Landes und die Verarmung der Bevölkerung dürften sich in diesem Fall fortsetzen.
2. Die herrschenden Clans werden an der Macht bleiben und die Aufteilung des Staatseigentums fortführen. Kučma wird weiterhin zwischen verschiedenen Clangruppierungen balancieren müssen und sie gegeneinander auszuspielen wissen. Die Tendenz zum Autoritarismus wird zunehmen.
3. Es ist zu erwarten, daß Kučma den von ihm noch vor den Präsidentschaftswahlen angekündigten Kreuzzug gegen das Parlament starten wird. Er will per Referendum die Revision der Verfassung erreichen, ein Zwei-Kammer-Parlament einführen und die Abgeordnetenimmunität aufheben. Die Folge wäre eine entscheidende Schwächung des Parlaments und eine überproportionale Stärkung des Präsidenten. Falls dieses Vorhaben ernst gemeint und keine bloße Drohgebärde ist, wird es selbstverständlich zu Abwehrreaktionen der VR und folglich zur Destabilisierung des ganzen Machtgefüges kommen. Ein erneuter Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Parlament mit unabsehbaren Auswirkungen für das gesamte politische System der Ukraine wäre damit vorprogrammiert. Kučmas Kritiker werfen ihm schon jetzt vor, nach rußländischem oder belarussischem Beispiel die Legislative schwächen zu wollen, um mit ihr nicht die Macht teilen zu müssen. Ob ihm dies gelingt, ist fraglich, da der Widerstand groß sein wird. Auf jeden Fall wird dieser Machtkampf für beide Seiten kraft- und zeitraubend sein; die notwendigen wirtschaftlichen und politischen Reformen werden dabei auf der Strecke bleiben.

Fazit

Wie 1996 in Rußland kam die kommunistische Revanche 1999 in der Ukraine nicht zustande. Die ukrainischen Kommunisten konnten von der andauernden Krise kaum profitieren: Seit den Parlamentswahlen 1998 hat sich ihr Wählerpotential nicht vergrößert. Die Wähler wollten Kučma zwar loswerden, aber nicht um den Preis der Rückkehr der Kommunisten an die Macht. Zwischen zwei Übeln wählte die Ukraine das kleinere. Dies ist das entscheidende Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 1999 in der Ukraine.

Vor fünf Jahren wurden mit Kučmas Sieg große Hoffnungen auf radikale Reformen und auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation verbunden. Heute sind diese Hoffnungen fast gänzlich verfliegen. Der Ukraine stehen schwierige Jahre bevor. Der Präsident bewahrte das Land zwar vor der kommunistischen Revanche. Das ist sein historisches Verdienst. Kučma muß jetzt aber unter Beweis stellen, daß sein Wahlsieg nicht nur ein persönlicher Erfolg ist, sondern einen Sieg für die ukrainische Gesellschaft bedeutet.

Alexander Ott

Diese Arbeit entstand im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts "Die Ukraine auf dem Weg zur Demokratie" am BIOst.